



Rundbrief Mongolei April 2015

Ulaanbadrakh: Sind nun auch Menschen direkt betroffen?

Auch in diesem Frühjahr sind erneut Totgeburten und Mißgeburten bei den Weidetieren in Ulaanbadrakh aufgetreten. Auch der Austausch männlicher Zuchttiere aus anderen Landesteilen hat diese Situation nicht verändert.



Doch die Situation ist dieses Jahr noch dramatischer als in den letzten Jahren:

- Das schlimmste Indiz ist die Maßnahme, dass sämtliche schwangeren Frauen in der Provinzlinik in Sainshand untersucht werden und ihnen bei dem Verdacht auf Mißbildungen des Fötus oder bei extremen Untergewicht die Abtreibung nahegelegt wird.



Rundbrief Mongolei April 2015

In Ulaanbadrakh sind in den letzten Jahren bei 27% der Schwangeren Fehlgeburten aufgetreten (bei insgesamt 16% in der gesamten Provinz). In manchen Jahren sollen es sogar 36% gewesen sein. Die allgemeinen Krankmeldungen sind von 2012 bis 2014 in Ulaanbadrakh von 22.000 auf 30.000 gestiegen.

- Von 16 Trinkwasserbrunnen sind 13 mit Schwermetallen über die zulässigen Grenzwerte hinaus vergiftet. In den vergangenen Jahren hat eine Untersuchung auf spezifische Belastungen durch den Uran-Abbau nicht stattgefunden. Ob es dieses Jahr eine solche Untersuchung gegeben hat, ist nicht bekannt. Ein von AREVA bezahlter Arzt hat angesichts dieser Ergebnisse schlicht die Grenzwerte als für Menschen unbedenklich bezeichnet...
- Es wird auch berichtet, dass selbst bei Vorhandensein von Wasser die bisherigen Futterpflanze nicht mehr wachsen.
- Messungen der radioaktiven Strahlung haben relativ hohe Spitzenwerte ergeben. Auch diese wurden von AREVA-Getreuen heruntergespielt: Der Wind würde diese Strahlung ja großflächig verteilen und damit verdünnen.
- Besonders bedenklich waren feuchte Stellen im Boden um einige Bohrstellen. Da es



im Winter so gut wie nicht geregnet oder geschneit hat, muss die Flüssigkeit aus dem Boden ausgetreten sein. Ein Film, der zeigt, wie unter der getrockneten Oberfläche große Wasserpfützen entstehen, wenn man nur heftig mit dem Fuß auftritt, ist unter dieser URL im Internet zu finden:

https://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=2oZk60SCMdA

- Dies kann durch schlichte Schlamperei beim Bohren, beim Hineinpumpen der Säuren oder beim Herauspumpen des uranhaltigen Schlammes geschehen sein. Im schlimmsten Fall tritt Wasser aber auch dadurch aus, dass eine unterirdische Wasserader angebohrt wird, die unter Druck steht (ein „artesischer Brunnen“) und die nun die „eigentlich“ in einer wasserdichten Zelle im Untergrund befindliche Bohrkammer durchströmt und die Radioaktivität ins Grundwasser (und an die Oberfläche) verteilen kann. Schon in Aussagen aus dem Jahr 2014 berichteten Viehhalter, dass ihr Vieh in der Umgebung dieser Bohrstellen Flüssigkeit aufgenommen hätten. Tatsächlich ist dies das größte



Rundbrief Mongolei April 2015

Risiko bei der angeblich so „schonenden“ Urangewinnung durch das fracking-ähnliche „in-Situ-Leaching“ (Laugen in der Lagerstätte, d.h. im Untergrund selbst).

- Die Viehhalter sollen auf Empfehlung der Ärzte auf den Verzehr der Innereien verzichten, da diese die Gifte besonders anreichern. Diese „Empfehlung“ wurde auch in den USA und in Kanada den Indianern im Urangebiet gegeben, die ebenfalls – wie auch in den europäischen Dörfern bis in die 50er Jahre – die „Schlachteplatte“ als besonderen Leckerbissen nach dem Schlachten verzehrt haben. (Bei Menschen, die sich überwiegend von Fleisch ernähren – wie z.B. den Inuit –, sind es gerade die Innereien, mit denen sie wichtige Vitamine zu sich nehmen.)
- Der Verkauf von Fleisch aus UlaanbadraKh auf dem Markt in der Provinzhauptstadt Sainshand wird immer schwieriger. Allein dadurch verlieren die Viehhalter ihre Existenzgrundlage. Der Kindergarten in UlaanbadraKh weigert sich, Milch von den örtlichen Viehhaltern abzunehmen.
- Einige von ihnen verzichten mittlerweile komplett auf die Haltung von Schafen und Ziegen und halten nur noch Kamele. Doch auch bei ihnen waren in den letzten Jahren Probleme insbesondere bei den Lungen festgestellt worden.
- Einige Viehhalter können den Bezirk verlassen, entweder mit familiärer Hilfe oder mit anderen Chancen. Andere wollen bleiben bis zum Tod. Ein Viehhalter sagte, dass es gegen AREVA kein anderes Mittel gäbe als die Gewalt. Er hätte nur die Wahl, ins Gefängnis zu kommen oder vergiftet zu werden. Er habe auch keinen anderen Ort, an der er gehen könne.



AREVA hat eine Offensive gestartet, um die Viehhalter zu spalten. So waren elf von ihnen auf Kosten von AREVA in Kasachstan, um sich von der angeblichen Ungefährlichkeit des URAN-Abbaus zu überzeugen. Neun von Ihnen haben dieser Darstellung vertraut, zwei sind bei ihrer Ansicht geblieben, keinen Uran-Abbau zu dulden. Die Vorschlag von AREVA für die Viehhalter ist zynisch: Für einige gäbe es Arbeitsplätze in der Mine, die anderen sollten die mobile Tierhaltung aufgeben und auf stationäre Landwirtschaft umsatteln. Wie dies aber in der trockenen Gobi gehen soll, ist völlig unklar. Jede andere Form der



Rundbrief Mongolei April 2015

Landwirtschaft benötigt mehr Wasser, das dort nicht vorhanden ist. Dieser Vorschlag läuft also eindeutig auf Vertreibung von den angestammten Wohnplätzen hinaus.

Auch finanziell hat AREVA einiges unternommen, um „gut Wetter“ zu machen: Der Bürgermeister von Ulaanbadrakh hat 3 Millionen Tugrik (2000 EUR) bekommen, um ein mongolisches Neujahrsfest (Tsagaan Zar) zu veranstalten. Arme Tierhalter können bis zu 50 Tiere erhalten, die sie in einigen Jahren aus der (dann hoffentlich gesunden) Nachzucht zurückzahlen sollen. Ein Ringer, der noch vor wenigen Jahren entschiedener Gegner des Uranabbaus war, hat seine Position geändert und wird nun von AREVA als Profi-Ringer finanziert.

Und als zynischste Maßnahme hat AREVA einen mongolischen und einen französischen Tierarzt für mehrere Jahre bereitgestellt. Diese haben zweimal Impfungen gegen Parasiten durchgeführt und die Viehhalter können sie anrufen, wenn sie Totgeburten und Fehlgeburten in ihrer Herde haben. „Was können dann Tierärzte noch unternehmen?“ war der Kommentar eines Viehhalters.

Unter den Nomaden haben die verschiedenen Maßnahmen von AREVA für Mißtrauen untereinander gesorgt: Wenn einer von ihnen auf Kredit ein Auto kauft, wird er verdächtigt, von AREVA bestochen zu sein. Speziell der Bürgermeister von Ulaanbadrakh ist Gerüchten ausgesetzt. Er soll eine zwei-Zimmer-Wohnung in Ulaanbaatar sowie einen Toyota-Geländewagen „günstig geschossen“ haben.

Und AREVA macht unbeirrt weiter: Für 2015 ist die Erschließung eines weiteren Bohr-felds in einer weiteren Gemeinde angekündigt..

AREVA-Webseite für die Mongolei verschweigt jegliche Probleme

AREVA hat eine neue Webseite zu den Aktivitäten in der Mongolei zugänglich gemacht: <http://mongolia.areva.com/EN/mongolie-57/index.html>

Auf dieser Webseite wird über den Besuch in Kasachstan berichtet sowie über die „Hilfe“ für sechs Familien in der Gemeinde Zuunbayan im Kreis Ulaanbadrakh. Angeblich, so wird ausgeführt, seien die Tierverluste aufgrund eines schlechten Winters 2006/2007 eingetreten. Das „Hilfsprogramm“ in Zuunbayan sei dann ab 2011 eingeführt worden – eben jenem Termin, ab dem uns gegenüber die Tierhalter berichtet haben, dass die ersten Tierverluste eingetreten seien. Doch die Webseite ist verräterisch: Sie nennt als ersten Termin für eine praktische Unterstützung der Hirten den 25. August 2014. Das sind also sieben Jahre nach dem angeblich ursächlichen schlechten Winter! Und weiter: „Die ausgewählten sechs Familien erhielten insgesamt 52 Tiere, davon 25 Mutterschafe und 25 Mutterziegen, einen Schaf- und einen Ziegenbock im Rahmen des Projekt: Diese Hirtenfamilien werden von diesem Projekt langfristig profitieren, selbst wenn sie in zwei Jahren diese Anzahl an Tieren zurückgeben müssen.“

Dass diese Ausführungen auf der Webseite schlicht irreführend sind, geht aus folgendem hervor: Eine Winterkatastrophe (Dzuud) hat es in der ganzen Mongolei im Winter 2009/2010 gegeben. Wenn es eine solche Katastrophe im Winter 2006/2007 gegeben haben sollte, dann muss das eine völlig lokale in der Ostgobi gewesen sein. Dies ist mög-





Rundbrief Mongolei April 2015

lich, aber wenig wahrscheinlich. Und eine Erholung des Viehbestands vollzieht sich sehr schnell. So hat die Mongolei im schlimmen Winter 2009/2010 etwa 20% des gesamten Viehbestands verloren (von 45 Millionen auf 34 Millionen Tiere). Dieser Verlust wurde innerhalb von zwei Jahren wieder wettgemacht. Und die 52 Tiere, die AREVA als Hilfe für die Hirten anführt, sind eine rein symbolische Propagandaaktion. Nach AREVAs Angaben auf der Webseite, besitzen derzeit in dem betroffenen Gebiet 55 Familien 12.100 Tiere. Die 52 auf Kredit bereitgestellten Tiere stellen vielleicht einen Wert von sehr gut gerechnet 2.000 USD dar (etwa 40 Dollar pro Tier). Insgesamt sind dies aber nur 0,4% des dortigen Tierbestands. Das spricht eindeutig gegen einen massiven Tierverlust vor sieben Jahren. Da die Familien die 52 Tiere in zwei Jahren zurückgeben müssen und dennoch davon profitieren sollen, geht also AREVA von einer Reproduktionsrate von knapp 50% im Jahr aus (ein Lamm pro Muttertier ohne Schlachtungen und Verkäufe, knapp 100% wäre das Optimale). Wieso also diese „großzügige“ Maßnahme irgendetwas mit Tierverlusten vom Winter 2006/2007 zu tun haben kann, bleibt offensichtlich das Geheimnis der AREVA-Propagandaabteilung.

Ausreiseverbot für Mitglieder der „Aufrechten Blauen Mongolen“

Nach der gewaltsamen Beendigung des Hungerstreiks Anfang Februar gegen die Eröffnung der Goldmine von Gatsuert geht nun der Staatsapparat massiv gegen Umweltschutzgruppen in der Mongolei vor.

So wurde einem Vertreter der Gruppe DMNN (Delhiin Mongol Nогоон Negdel - Mongolischer Grüner Verband für die Welt) zuerst das Einreisevisum für Kanada zur Teilnahme am World Uranium Symposium in Quebec verweigert und gleichzeitig von den mongolischen Behörden ein Ausreiseverbot gegen ihn und weitere sieben oder acht Personen verhängt. Parallel dazu wurde das Büro der Gruppe in Ulanbaatar geschlossen und Konten gesperrt. Die genauen Vorwürfe sind uns nicht bekannt. Die betroffenen Personen sind Mitglieder von DMNN und/oder der Gruppe „Aufrechte Blaue Mongolen“, die eng miteinander verbunden sind.





Rundbrief Mongolei April 2015

Die Versagung des Einreisevisums durch die Regierung von Kanada hat vermutlich den Grund in dem Engagement von DMNN gegen die Aktivitäten des kanadischen Bergbauunternehmens Centerra Gold, das in der Mongolei nach der Ausbeutung der Mine in Boroo nun die Nachbarmine Gatsuurt erschließen will. Gegen die Eröffnung dieser Mine hat DMNN sich massiv eingesetzt.

Centerra Gold mit Sitz in Toronto ist eine Ausgründung von Cameco, der weltweit drittgrößten URAN-Bergbau-Gesellschaft (etwa 14% Weltmarktanteil), die in Centerra ihre Gold-Aktivitäten gebündelt hat. Neben Boroo (und jetzt Gatsuurt) besitzt Centerra außerdem die größte Goldmine in Kirgistan, Kumtor. Zu dieser Mine ist in diesem Frühjahr der Dokumentarfilm „Flowers of Freedom“ in die Programmkinos gekommen, in der Kampf von zehn kirgisischen Frauen gegen diese Mine dokumentiert wird. Dort hatte ein Unfall mit einem Zyanid-LKW den Fluss, aus dem das unterhalb der Mine liegende Dorf sein Trinkwasser bezog, vergiftet.

Cameco hat seinen Hauptsitz in Saskatchewan in Kanada, dem Ort, an dem die dort lebenden Indianer einen verzweifelten Kampf gegen die Umwelterstörung führen. Das Athabasca-Becken im Grenzgebiet zwischen den kanadischen Provinzen Alberta und Saskatchewan ist ein Hauptabbaugebiet von Ölsänden und Uran. Die Umwelterstörung durch den Bergbau dort war auch schon einmal Thema der gewiss nicht verdächtigen Fernsehserie „Planet-Wissen“

(http://www.planet-wissen.de/natur_technik/energie/erdoel/oelsandabbau.jsp).

Ein Schelm, wer angesichts dieser Interessenlage böses denkt angesichts der Verweigerung eines Einreisevisums für einen mongolischen Aktivist, der sich gegen die Goldminen von Centerra wie auch die URAN-Aktivitäten von AREVA in der Mongolei einsetzt.

Die Verhängung eines Ausreiseverbot ist in demokratischen Staaten nur unter sehr triftigen Gründen möglich. Bevor aktuell der Passenzug für Personen, die vermutlich terroristische Organisationen im Ausland unterstützen wollen, in der BRD diskutiert wurde, waren nur Tatbestände wie die Umgehung der Wehrpflicht, der Dienst in Armeen fremder Staaten (Fremdenlegion!), die Flucht vor Strafverfolgung oder die Teilnahme an erheblich gegen die BRD gerichteten Aktivitäten ausreichend für dieses Ausreiseverbot. Immerhin die ist Bewegungsfreiheit eine der zentralen bürgerlichen Freiheiten und das Ausreiseverbot ein Kriterium für eine Diktatur und seine Beschränkung in jedem Fall eine schwerwiegende Maßnahme, gegen die der Bürger sich rechtsstaatlich zur Wehr setzen können muss. So ist in aller Regel ein eingeleitetes Strafverfahren oder förmliche Ermittlungen zu einem solchen die Voraussetzung für eine solche Maßnahme. Und der Betroffene muss über die Gründe für diese Maßnahme informiert sein. Ein sich nicht auf konkrete Tatbestände oder Anschuldigungen stützendes Ausreiseverbot ist eine schwere Menschenrechtsverletzung.

Das Problem mit dem Hakenkreuz

Im Zusammenhang mit diesen polizeilichen Maßnahmen hat der Bürgermeister von Ulaanbaatar noch einen weiteren Vorwurf draufgesattelt: Die „Aufrechten blauen Mongolen“ sind eine von mehreren Gruppen in der Mongolei, die das Hakenkreuz als Symbol benutzen. Und dieses Symbol würde die Mongolei in ein schlechtes Licht rücken, Touristen ängstigen usw. Als „Beweis“ legte er der Presse Fotos vor, die im Jahr 2010 und im Jahr 2013 Jahren weltweit für Aufsehen gesorgt hatten, als eine dieser Gruppen ganz offen-





Rundbrief Mongolei April 2015

sichtlich in NS-Uniformen und mit positivem Bezug auf die NSDAP für die internationale Presse posierte. Federführend für die Kampagne war der britische „Guardian“, in Deutschland waren es u.a. der „Stern“, der „Spiegel“, die „Süddeutsche Zeitung“ und auch die antifaschistische Zeitschrift „Der rechte Rand“, die diese Provokateure zum Anlass nahmen, den gesamten Umweltschutz in der Mongolei als antidemokratisch zu verunglimpfen.

Diese spezielle Gruppe „Weisses Hakenkreuz“ (Tsagaan Khass), die in den Artikeln 2010 und 2013 weltweit für Aufsehen sorgte, hat sich im letzten Sommer aus dem Protest gegen die Atomindustrie verabschiedet, die sie nur noch nationalistisch als in den Händen von Ausländern, nicht aber mehr grundsätzlich bekämpft. Es war auch diese Gruppe, die z.B. Mongolinnen, die eine Beziehung mit Ausländern und insbesondere Chinesen eingegangen waren, die Haare abschnitten u.ä. Auch die damals als rechtsradikal bezeichneten „Blauen Mongolen“ haben sich an dieser Frage gespalten, und die Gruppe der „Aufrechten blauen Mongolen“ sind eine der Abspaltungen. In einer Pressekonferenz haben nun die „Aufrechten Blauen Mongolen“ diese Anwürfe des Bürgermeisters zurückgewiesen und jede Identität mit diesen Provokateuren zurückgewiesen.

In unseren Gesprächen mit den verschiedenen mongolischen Umweltschutzgruppen haben wir auch immer auf dieses Problem der Wahrnehmung des Hakenkreuzes in der westlichen Öffentlichkeit hingewiesen, worauf in weiteren Treffen dieses Symbol nicht mehr offensiv zur Schau gestellt wurde.

Wer aber heute in der Mongolei mit offenen Augen unterwegs ist, wird das Hakenkreuz als traditionelles Symbol überall entdecken: Auf Seidenstoffen in den besten Stoffgeschäften von Ulaanbaatar, in exquisiten Wollteppichen, als Verzierung auf traditionellen Filzen, als Symbol des berühmten Rotmützenlamas im Museum in Sainshand, der Anfang des 19. Jahrhunderts auch für Mädchen offene Schulen westlicher Prägung eingerichtet hat (und dafür von den damaligen Machthabern vergiftet wurde) usw. usf. Das Symbol der Swastika ist als „Tumen Nact“ fester Bestandteil der traditionellen mongolischen Ornamentik.





Rundbrief Mongolei April 2015

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde auf Druck der russischen Regierung unter Stalin versucht, das Hakenkreuz als international zu ächtendes Symbol in der Mongolei zu verbieten – erfolglos. Als Symbol von – je nach Drehrichtung – Leben und Sterben, von Stärke und Schwäche, von Mann und Frau, von Yin und Yang ist es allgegenwärtig.



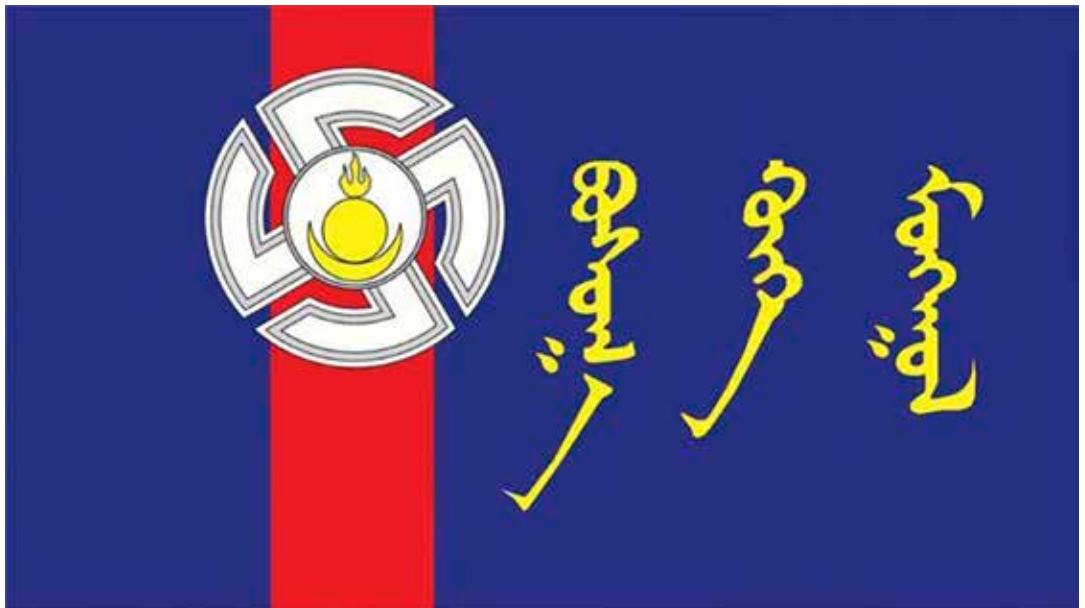
Doch es sollte auch jeder „zivilisierte“ Europäer etwas innehalten und sich vergegenwärtigen, dass Hitlers „Mein Kampf“ in nahezu jedem europäischen Land frei erhältlich ist, und dass das Hakenkreuz als solches auch in der BRD nicht verboten ist, sondern „nur“ als Symbol einer verbotenen Organisation. Wir erinnern uns nur zu gut, dass die westdeutschen Hakenkreuznazis der 70er und 80er Jahre Kanada und die USA als logistisches Zentrum ihrer Propaganda straffrei nutzen konnten.



Rundbrief Mongolei April 2015



Übrigens: Die „Aufrechten Blauen Mongolen“ haben als eine Reaktion auf diese Angriffe ihre Fahne verändert: anstelle des eckigen Hakenkreuzes verwenden sie nun eine runde Swastika.



Weitere Verleumdungen

Das Ausreiseverbot für die acht wird ergänzt durch ein Einreiseverbot für mindestens einen chinesischen Staatsbürger in die Mongolei, der von DMNN als Zeuge für einen weiteren völlig absurden Vorwurf eingeladen wurde: Den mongolischen Aktivisten wird vorgeworfen, sie hätten Ausländer (Chinesen) an den heiligen Berg Burkhan Khaldun mitgenommen. Dieser Berg wird traditionell als größtes Heiligtum verehrt und Frauen und Ausländer sollen dort nicht hinkommen. Ein förmliches Gesetz, das dies verbietet, gibt es nicht. Bei den Ausländern handelte es sich aber um Mongolen aus der Inneren Mongolei



Rundbrief Mongolei April 2015

(chinesische Provinz). Weitere Vorwürfe lauten, die Aktivisten hätten dort die Chinesen mit Gewalt zu einem Kniefall gezwungen usw. Der chinesische Zeuge hat diese Verleumdung mittlerweile in einem chinesischen Fernsehsender zurückgewiesen.

Weiter Verleumdungen gehen in die Richtung, der Vorsitzende von DMNN (ein Bauunternehmer) wolle die Mine in Gatsuurt am Fürstenberg selber ausbeuten und der Hungerstreik vom Februar und weitere Aktionen seien aus diesem Interesse gespeist.



Nationalismus/Wertkonservatismus gegen Neoliberalismus

Die Mongolei ist seit der Wende um 1990 ein Land, das in besonderer Weise sich für eine neoliberale Politik geöffnet hat. Dies wird insbesondere am Bergrecht deutlich, das die Ausbeutung der mongolischen Bodenschätze über mehr als zehn Jahre internationalen Investoren zu Bedingungen ermöglichte, wie sie weltweit einzigartig sind: Geringste Pacht

Rundbrief Mongolei April 2015

für Exploration, geringe Gebühren für die tatsächliche Ausbeutung, kein Exportzölle für die geförderten Bodenschätze, keine Rückstellungen für die Beseitigung der ökologischen Folgen: Traumhafte Bedingungen für die „Investoren“. Gegen diese Politik, die immer mehr Viehhalter in die Armut und die Slums von Ulaanbaatar führte, haben sich Gruppen organisiert, die die mongolischen Interessen im Sinne einer nationalen, wertkonservativen Weise vertreten. So nennt sich die einflussreichste Organisationen der Viehhalter „Gal Undesten“, was meist mit „Feuer-Nation“ übersetzt wird. Tatsächlich bedeutet „Gal“ Feuer im Sinne des lebenspendenden Zentrums der Jurte, also des Herdfeuers und „Undesten“ nicht Volk oder Nation im modernen Sinn, sondern eher „Zusammenschluß“ im Sinne etwa der indianischen Stammesgesellschaften. In diesem Sinn verstehen sich die Mitglieder von Gal Undesten als die wertkonservativen „Hüter des Herdfeuers“, also als eine Gruppe, die die mongolische Tradition des Nomadismus gegen die Angriffe der Moderne in Gestalt des Neoliberalismus verteidigen.

Von offizieller Seite werden diese Strömungen natürlich angegriffen: Sie würden die „Investoren“ verschrecken, stellten sich gegen den Fortschritt, seien rückwärtsgewandt usw. Dabei waren es diese Gruppen, die um 2007/2008 dafür gesorgt haben, dass die ungehemmte Ausplünderung der Mongolei abgebremst wurde mit dem Ziel, einen größeren Teil des Reichtums tatsächlich zur Entwicklung des Landes zu nutzen. Von Seiten der „Investoren“ werden die Jahre seitdem als „verlorene Jahre“, als „Jahre des Stillstands“ bezeichnet. Und das ist der wirkliche Widerspruch, der sich in den aktuellen Auseinandersetzungen austobt: Bleibt die Mongolei im Würgegriff der internationalen Konzerne, oder hat sie eine Chance, eine innere Entwicklung anzustoßen, die der Mehrheit der mongolischen Bevölkerung nützt?

Mongolische Souveränität oder Ausverkauf auf lange Zeit?

Der mongolische Präsident Elbegdorj hat auf einer Pressekonferenz am 3. März 2015 bei seinem Deutschlandbesuch die Ziele der Wirtschaftspolitik der Mongolei folgendermaßen formuliert:

„Unsere Zusammenarbeit im Rohstoffbereich wollen wir ausbauen. Auch eine umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit ist erwünscht. Wir haben auch den Wunsch geäußert, einen umfassenden Vertrag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit abzuschließen, der dann später auch im Parlament ratifiziert werden kann. Ein solcher Vertrag könnte eine stabile Grundlage bilden und würde auch dann stabil bleiben, wenn mongolische Gesetze geändert würden.“

Deutlicher kann der Ausverkauf der Mongolei kaum formuliert werden: Ein bilateraler Wirtschaftsvertrag, der auf lange Zeit abgeschlossen wird, soll jede Einflußmöglichkeit des mongolischen Parlaments verhindern.

Brandkatastrophe in der Ostmongolei

Kurz vor Redaktionsschluß dieses Rundbriefs erreicht uns eine weitere Katastrophenmeldung aus der Ostmongolei: Hier wüten seit Tagen Brände auf einer Breite von mehr als 100 Kilometer Breite im Khentii- und Sukhbataar-Aimak, die vollständig außer Kontrolle geraten sind. Tausende von Weidetieren sind in den Bränden schon umgekommen.





Rundbrief Mongolei April 2015

Die derzeit angegriffenen „Aufrechten Blauen Mongolen“ haben dazu aufgerufen, sich an der Brandbekämpfung zu beteiligen und eine Gruppe von ihnen sind an Ort und Stelle im Einsatz. Der Ort ist immerhin mehrere hundert Kilometer entfernt. Doch auch diese Aktion wird von ihren Gegnern angegriffen: Sie täten das nur aus Publicity-Gründen...



Auseinandersetzung innerhalb der mongolischen Umweltgruppen

Der Druck, der derzeit auf mongolische Umweltschutzgruppen ausgeübt wird, bleibt nicht ohne Folgen. So hat sich der Zusammenschluß GOLOMT aus wenig nachvollziehbaren Gründen zerstritten. Die Administratorin der entsprechenden Facebook-Gruppe, die selbst in den USA lebt, hat allen anderen die Administrationsrechte entzogen, so daß diese eine neue Gruppe eröffnet haben, deren Logo wir nunmehr oben links auf den Seiten des Rundbriefs abbilden: No Uranium - No weapons - Mo waste.

Eike Seidel
19.4.2015

